

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementpreis für Danzig monatlich 20 Pf.
täglich frei ins Haus.
In den Abholstellen und der Expedition abgeholt 20 Pf.
Wochenblatt
20 Pf. frei ins Haus,
20 Pf. bei Abholung.
Durch alle Postanstalten
1,00 M. pro Quartal, wch.
Briefträgerabteilung
1 M. 40 Pf.
Sprechzettel der Redaktion
11-12 Uhr Vorm.
Reiterbahnpost Nr. 6
XVII. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Das billigste Blatt

in Danzig ist der „Danziger Courier“. Er kostet monatlich nur 20 Pfennig bei Abholung von der Expedition, Reiterbahnpost Nr. 6 und den Abholstellen. Für 20 Pfennig monatlich wird er täglich durch unsere Botenfrauen in's Haus gebracht.

Uebelgelaunte conservative Agrarier.

Die Herren vom Bunde der Landwirthe müssen sich wirklich eingebildet haben, daß sie mit ihrer kolossalen Agitation, mit ihrer großen Organisation, mit ihrer halben Million jährlich und den sieben Dutzend bezahlten Beamten und Agitatoren es erreichen würden, für den Reichstag eine Majorität zu erobern und dann die verbündeten Regierungen zu weiteren agrarischen Concessions zu bringen. Natürlich ist jetzt die Enttäuschung groß und noch größer die Erbitterung, die sich gegen die Freisinnigen und besonders gegen die freisinnige Vereinigung richtet. Das im Auftrage des Wahlvereins der deutschen Conservativen herausgegebene offizielle Organ zetert und wettert in jeder Nummer über diese Freisinnigen und die conservativen Provinzblätter drucken selbstverständlich die Berliner Artikel kritikos und wohlgefällig nach. Das etwas abgedreht ist, aber in Ermangelung anderer Stoffes für gewisse Conservativen immer noch gangbare Thema von der „Vorfrucht der Socialdemokratie“ kommt mit einer leidenschaftlichen Anwendung auf die „Wadelstrümpfer“ wieder zu Ehren. Diese „Wadelstrümpfer“ — das sind „die gefährlichste Vorfrucht der Socialdemokratie“! — dessen wird man sich „zu allen Zeiten zu erinnern gut thun“ und „darnach wird zu handeln sein“ — so heißt es in der „Con. Corresp.“, so ruft das Echo in den Provinzen nach.

Die Herren conservativen Agrarier sollten aber doch einmal etwas mehr nachdenken über die politischen Verhältnisse. Haben Sie nicht z. B. in diesem zweitauzigsten Jahrhundert in den letzten Jahren geherrscht? Die Freisinnigen haben ja in der Beglückung der Bevölkerung mit ihren politik dort wenig hindern können. Und das resultat? Selbst conservative Blätter sind erschrocken über das Vordringen der Socialdemokratie in Ostpreußen, auch in den ländlichen Bezirken. In dem Wahlkreise Königsberg-Land, wo die Freisinnigen nur äußerst wenige Anhänger haben, ist die Zahl der socialdemokratischen Stimmen von 4400 auf 6619 seit 1893 gewachsen. In Königreich Sachsen, wo die Freisinnigen ebenfalls nur wenig zu bedeuten haben, steigt der Einfluss der Socialdemokratie immer weiter. Welt über 10 Millionen Stimmen hatten sie dort schon 1893 und jetzt sind sie wieder um ca. 28000 Stimmen gewachsen. Die „gefährliche Vorfrucht“ der Socialdemokratie ist eben die conservativ-agrarische Politik und so lange mit ihr nicht vollständig gebrochen wird, ist auch keine Aussicht vorhanden, daß die Socialdemokratie zurückgedrängt wird. Nur eine volkstümliche Politik kann dorin Wandel schaffen. Daß das Programm des Bundes der Landwirthe keine Zugkraft für die große Majorität des Volkes hat, das hat die leichte Wahl, wenn es überhaupt noch eines solchen Beweises bedürfte, klar und deutlich bewiesen. Die conservativen Presse fürchtet daher auch nichts mehr, als daß in Regierungs-

kreisen ebenfalls die Notwendigkeit einer Änderung anerkannt und die Konsequenzen daraus gezogen werden. Die „Kreuzig.“ betrachtet zwar als Hauptaufgabe der Politik für die Zukunft die Bekämpfung der Socialdemokratie; gleichwohl gesteht sie, vom Parteistandpunkt aus hätte „die völlige Verschmelzung des Freisinnigen“ wertvoller erscheinen müssen, als selbst der Kampf gegen die Socialdemokratie, weil dadurch die Eventualität einer „Liberalen Aera“, einer liberalen Regierung auch für die Zukunft so gut wie unmöglich werde. Nun — findige Reactionäre haben schon ein Programm in Bereitschaft, welches beide Aufgaben lösen soll. Die Regierung soll trotz der gegenwärtigen Erklärung des Grafen Posadowsky ein neues Socialistengesetz vorlegen und den Reichstag auflösen, wenn es es, wie mit Sicherheit vorauszusehen ist, ablehnt. Aber wenn dieses heroische Mittel, wie ebenfalls mit Sicherheit vorauszusehen ist, auch versagt — was dann? Da gäbe es für die agrarisch-conservative Weisheit wohl nur noch den Staatsstreit. Aber ein solches Mittel ist in Deutschland durchaus ausgeschlossen. Es bleibt kein anderes, als vollständigen Bruch mit der agrarisch-conservativen Politik.

Politische Tageschau.

Danzig, 1. Juli.

Die Junahme der socialdemokratischen Stimmen beträgt, wie wir gemeldet haben, seit 1893 im Ganzen 840 000. Man muß dabei in Rechnung stellen, daß die Bevölkerung sich seit 1893 um etwa 10 Proc. vermehrt hat. Die Zahl der socialdemokratischen Stimmen betrug 1890 1 427 000, 1893 1 786 000, 1898 2 125 000. Von 1890 bis 1893 betrug die Vermehrung der Stimmen 360 000. Weshalb man über die Junahme nicht überrascht sein darf, haben wir wiederholt auseinandergesetzt. Ueberdies muß man bei Beurtheilung der Ziffern in Anschlag bringen, daß die Socialdemokratie die einzige Partei ist, die bestrebt war, in allen Wahlkreisen einen Kandidaten aufzustellen, auch in denjenigen, in denen sie nicht einmal darauf rechnen konnte, daß ihre Kandidat in die Wahlwahl kommt. Neben dem agitatorischen Zweck hat diese Taktik auch den, die Zugkraft der Partei größer erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit ist. Nicht darauf kommt es an, ob in diesem oder jenem Wahlkreis eine kleinere oder größere Anzahl von Wählern vorhanden ist, die einem aussichtslosen Kandidaten in demonstrativer Absicht ihre Stimme geben, sondern welche Einfluß diese Stimmen auf die Zusammensetzung des Reichstages haben. Nach der Hauptwahl erblieb auch der „Vorwärts“ den „unaufhaltsamen Vormarsch“ der Partei in der Junahme der Mandate in Folge der über hundert Stichwahlen zwischen socialdemokratischen und bürgerlichen Kandidaten. Nachdem diese Junahme sich alles in allem auf neuen Mandate beschränkt hat, findet das socialdemokratische Hauptorgan den Beweis für den unaufhaltsamen Vormarsch in der Steigerung der Zahl der Stimmen in sämtlichen 897 Wahlkreisen. Daß diese Steigerung in engem Zusammenhang mit der agrarischen Agitation steht, beweist, wie wir nur wiederholen können, der Umstand, daß die Junahme — von der Provinz Brandenburg abgesehen — am stärksten ist in der Provinz Ostpreußen, wo die Grafen Rantzau, Mirbach, Alinowström u. s. w. ihre Stammstätte und die noch unbeschränkte Herrschaft haben.

Die „Erfolge“ des Bundes der Landwirthe.

Man kann es vollständig verstehen, daß in den Reihen des Bundes der Landwirthe trotz der geprägten sogenannten „Erfolge“ bei den Wahlen eine gedrückte Stimmung herrscht. Man

ärgert sich aber besonders über die liberale Presse, welche die großen Erfolge nicht zu sehn sich erdreistet, vielmehr von einem entschiedenen Misserfolge des Bundes spricht. Das Bundesorgan beruft sich wieder einmal darauf, daß im ersten Wahlgange 66 bündlerisch gesinnte Abgeordnete durchgedrungen seien, was dem Freisinnigen „den „unser Volk“ ausgespielt hat aus seinem Munde“ bleischwarz im Magen liege. So weit in dieser Liste der 66 Mitglieder des Centrumsfigurieren, hat bekanntlich die „Germania“ bereits gesagt, man könne ebenso gut die sämtlichen Mitglieder des Centrums zu Passgängern des Bundes der Landwirthe machen. Und bezüglich der nationalliberalen Bündler hat, wie wir gestern mitgetheilt haben, die „Nat.-Lib. Corp.“ hervorgehoben, daß kein Nationalliberaler dem Bunde gegenüber Verpflichtungen eingegangen sei. Das Organ des Herrn v. Plötz tröstet sich damit, daß die „Nat.-Lib. Corp.“, obgleich Parteiorgan, nicht immer den Anscheinungen der maßgebenden Männer der Partei Ausdruck gebe. Nach den Verhandlungen, welche in einer Reihe von Wahlkreisen bei der Aufführung der Kandidaten stattgefunden haben, ist die Behauptung der „Nat.-Lib. Corp.“ allerdings etwas überraschend, aber man weiß ja, daß bei derartigen Abreden gewöhnlich von beiden Seiten diplomatisiert wird, so daß hinterher jeder Theilnehmer behaupten kann, er habe das Gegenteil von dem gehabt, was der andere sagt. Hier rádt sich die Taktik der Bündler, in zweifelhaften Fällen die Candidaten, die sie unterstützen wollen, oder nach Lage der Sache unterstützen müssen, in allgemeinen Redewendungen zu verpflichten, so daß dieselben als Mitglied des Reichstags so nemlich thun oder lassen können, was sie wollen. Der Bunde der Landwirthe hat schon 1893 mit solchen „Agrariern“ manche unangenehme Erfahrungen gemacht. In dem neuen Reichstage wird es daran um so weniger fehlen, als die Furcht vor dem Bunde erheblich abgeschwächt ist. In der letzten Legislaturperiode imponierte die Organisation und die geräumige Agitation des Bundes noch einzelnen einflussreichen Mitgliedern der Regierung sowohl, wie der Parteien und sie machten daher Concessions. Im Frühjahr 1895 stimmten Centrum und Nationalliberalen mit wenigen Ausnahmen für die bekannte, von dem Grafen Mirbach beantragte Resolution in der Währungsfrage, welche den Reichskanzler veranlaßte, in Verhandlungen mit England über eine internationale Regelung dieser Frage einzutreten. Daß diese Resolution ein Schlag ins Wasser war, davon konnte niemand zweifeln, nachdem eben erst die von dem Grafen Caprioli berufene Silbercommission unter dem Vorsitz des Grafen Posadowsky ergebnislos geschlossen worden war. Ganz so lag auch die Frage des Börsengesetzes, bez. des Verbots des börsenmäßigen Terminhandels in Greifswald. Das Verbot war in der Commission seitens der Regierung ebensowohl wie seitens der Nationalliberalen bekämpft worden; die Vertreter der Regierung hielten auch im Plenum an dem Widerspruch gegen dasselbe fest. Die Nationalliberalen aber stimmten schließlich für das Verbot, weil, wie Herr v. Bennigsen sich ausdrückte, die ländliche Bevölkerung den Terminhandel in Greifswald für absolut schädlich erachtete. Von den Vortheilen, die dieses Verbot der Landwirtschaft bringen sollte, ist kein einziger eingetreten. Nachher aber hat diese Concession an den Bunde der Landwirthe nicht nur für den Handel, sondern auch für die Landwirthe selbst gehabt. Obendrein war der geistige Führer dieser Bewegung ein dem Centrum angehöriger Justizbeamter, der seine Kenntnis der Börsenverhältnisse einem kleinen Müller verdankte.

Heute nach den Wahlen liegen die Dinge doch etwas anders. Wir glauben vor allem annehmen zu dürfen, daß die Regierung, wenn nicht die anderen Parteien sich energisch auf die Seite des Bundes stellen und wenn nicht das Land ganz einschläft, zu größeren Concessions an den Bunde weniger bereit sein wird, als bisher. Nun — über die Stellung der neu gewählten Abgeordneten wird man in der nächsten Reichstagsession bald Aufklärung erlangen. Ob dann die Agrarier den Antrag Rantzau von neuem in der einen oder anderen Fassung wieder einbringen werden, wird einen sicherer Rückslauf auf ihre Beurtheilung des Wahlverlaufs geben. In der leichten Session haben sie erklärt, der Antrag Rantzau sei vorläufig zurückgelegt, weil derselbe in diesem Reichstage doch keine Aussicht auf Annahme habe. Daß die Aussichten in der Zwischenzeit besser geworden seien, muß man sehr bezweifeln. Es wäre aber doch wünschenswerth, daß von den Herren vom Bunde der Landwirthe die Probe auf den neuen Reichstag in vollem Ernst gemacht werde. Bei der letzten Berathung im Jahre 1896 brachten es die Freunde des Antrages auf 99 Stimmen, immerhin die doppelte Stimmenzahl von derjenigen von 1894.

Brisons Debüt.

Paris, 30. Juni. In der heutigen Sitzung der Kammer verlas der Ministerpräsident Brison unter dem Beifall der Linken und mehrfachen Unterbrechungen durch die Rechte und das Centrum eine Regierungserklärung. Dieselbe legt zunächst die Aufgaben des Parlaments dar, nämlich die Steuerreform und die Penitentiary der städtischen und ländlichen Arbeiter, ferner kündigt sie Vorlagen an über die Besteuerung der Erbschaften und der Getränke, sowie über die Errichtung von Landwirtschaftskammern; sie verspricht Beschränkung der Speculationsauswüchse und fordert auf zur Bereitstellung der Mittel für das Heer und die Marine, Schaffung einer Colonialarmee, Belebung der Auswanderung nach hierzu geeigneten Colonien. Treu festhaltend an der geheimten Allianz wird die auswärtige Politik von dem gleichen nationalen Geiste durchdrungen bleiben, worin die Allianz geschlossen worden ist. Der Patriotismus und die Moral werden die Interessen Frankreichs wie bisher schirmen. Die Erklärung sichert schließlich jeder Meinung gleiche Achtung und gleiches Recht zu, wendet sich aber gegen jeden Eingriff in die Unabhängigkeit der Kolonialgesellschaft und die Suprematie der bürgerlichen Gewalten.

In der Erklärung heißt es weiter:

Die Regierung wird Mittel in Erwägung ziehen, um die Auswüchse der Speculation, welche der Industrie, dem Ackerbau und dem Handel schädlich sind, zu beschränken. Entsprechend den von Ihren Vorgängern überkommenen Traditionen, fährt die Erklärung fort, wollen auch Sie die Vertheidigungsmittel des Landes auf den Gipspunkt der Vollkommenheit bringen. Alle Opfer sind zu groß, wenn das Land weicht, daß alle Mittel, welche den Verwaltungen des Krieges und der Marine gewährt werden, auch wirklich zur Vermehrung der Macht unserer Flotte und unseres Heeres, dieser beiden Lieblingskinder unseres Vaterlandes, dienen. Die Regierung wird Sie ersuchen, baldig über die Frage der Colonialarmee zu beschließen, um die Vertheidigung unserer Colonien sicher zu stellen. Zudem muß die Auswanderung intelligenter und kapitalkräftiger Leute nach den Colonien gefördert werden. Treu festhaltend an einer Allianz, welche populär und durch die Zeit bereits geheiligt ist, wird unsere auswärtige Politik von dem nationalen Geiste durchdrungen bleiben, in dem dieser große Act geschlossen wurde. Die auswärtige Politik der Regierung wird den Patriotismus, die Moral und die materiellen Interessen Frankreichs mit gleicher Wachsamkeit schirmen. Ebenso werden wir das Land für jenes große Rendez-vous des Friedens, die Weltausstellung, vorbereiten. Die Regierung sichert jeder Meinung

dann ihre nähere Bekanntheit. Es kostete mir unendlich viel Mühe, Sie für mich zu gewinnen. Ein kleines Vermögen habe ich dabei geopfert, und auch dann gab sie mir die Sprüche erst, als ich Verschwiegenheit mit Bezug auf die Quelle gelobt hatte. Ich schüle deshalb die Freundin vor. Sie vergeben mir hoffentlich die Läufung."

„Was halten Sie von der Giorgewo?“

„Hm! Wie alle Wahrsager glaubt sie natürlich an ihre Drakalsprüche.“

„Obgleich sie dieselben Sprüche für alle Menschen anwendet.“

„Das ist für Sie kein Widerspruch. Die Wahrsager teilen nämlich das Schicksal der Menschen in verschiedene Kategorien. Innerhalb derselben Kategorie sind die Schicksale und also auch das Drakal gleich. Kleine Abänderungen und Combinationen spielen dabei natürlich auch eine Rolle. Ja, Sie werden um so häufiger eintreten, je geschickter und erfahrener der Wahrsager ist.“

„Und Sie selbst, gnädige Frau, was halten Sie davon?“

„Ich?“ entgegnete die Baronin mit überlegtem Lächeln. „Sie werden es sich selbst sagen, daß ein Mensch, der ein Werkunternehmer ist, wie ich, über seinem Stoff stehen, also vollständig frei von jedem Aberglauben sein muß. Für mich hat die ganze Sache nur wissenschaftliche Bedeutung.“

„Und wenn nun doch hier und da ein Drakalspruch in Erfüllung zu gehen scheint?“

„So ist das Jusfall, reiner Jusfall. Was z. B. hat Ihnen Frau v. Giorgewo geweissagt?“

„Ich möchte darauf nicht eingehen. Ich persönlich bin selbstverständlich auch frei von jedem Aberglauben. Das habe ich damals auch der Südlie in nicht mißverstehender Weise klar gemacht. Sie wird an mich denken.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Kampf mit dem Schicksal.

Roman von Hermann Heinrich.

[Nachdruck verboten.]

40)

(Fortsetzung.)

Die Baronin blieb zum Frühstück. Es waren herrliche Stunden, die der Amtsraum in ihrer Gesellschaft verlebte. Auch in der ruhigen Unterhaltung erschien sie bedeutend, und, was für den Augenblick noch mehr sagen wollte, aus ihrer Stimme klang eine feinvolle Herzlichkeit, welche Bände der Liebe zu knüpfen und zu festigen geeignet sind.

Am nächsten Tage erschien Richard in der Villa der Baronin. Hocherfreut über die Aufmerksamkeit hielt sie ihn herzlich willkommen und führte ihn in den Salón.

„Gnädige Frau,“ begann Richard, „Sie sagten uns gestern, daß Ihnen ein Buch mit Poesien, von Ihrer eigenen Hand geschrieben, verloren gegangen sei. Vielleicht bin ich in der glücklichen Lage, es Ihnen zu überreichen?“

Er nahm das glänzende Buch aus der Umschüllung und legte es in Ihre Hände.

Die Baronin erkannte es sofort als das ihrige und war erfreut, das Andenken an die Freunde wieder zu erhalten. Richard erzählte, auf welche Weise es in seinen Besitz gelangt sei. Die Baronin durchblätterte es schnell und legte es dann aufs Schreibbrett.

„Gind die Gedichte nie gedruckt erschienen?“

„Ne, meine Freundin hatte eine Schau vor der Dostentlichkeit. Aber meinen Sie nicht, daß sie einen Platz in der Dostentlichkeit recht wohl verdienten?“

„Sie sehen also voraus, daß ich sie gelesen habe?“

„Warum sollten Sie nicht?“

„Das überhebt mich der Bitte um Entschuldigung wegen meiner Indiscretion. Die Gedichte haben in mir eine große Erregung hervorgerufen.“

Das Gesicht der Baronin wurde ernst, aber mit bewegender Ruhe weilten ihre Augen auf dem jungen Manne.

„Nicht wahr? Sie haben einen großen poetischen Werth?“

„Nicht deshalb. Nein, weil ich sie schon kannte, zum Theil wenigstens.“

„Diese Gedichte? Nein, das ist nicht möglich. Sie verwechseln sie wahrscheinlich mit ähnlichen.“

„Durchaus nicht, Frau Baronin. Das eine von ihnen ist sogar für mich persönlich von Bedeutung gewesen. „Flüssig wie Wasser ist das Schicksal der Menschen. Wo du siehst, da darfst du nicht weinen.“

Ein Augenblick sah die Dame den jungen Mann, dessen Augen voll Spannung auf sie gerichtet waren, sinnend und ruhig an. Ihr Geist schien die Vergangenheit zu durchfliegen, und ein plötzliches Aufleuchten der Augen bewies, daß sie wieder zur Gegenwart zurückgekehrt war.

„Gestatten Sie mir eine indirekte Frage“, sagte sie lächelnd. „Haben Sie Madame de Giorgewo gekannt?“

Richard war überrascht und verwirrt. „Ja, und dort eben habe ich einen Theil dieser Gedichte kennen gelernt — in der Form von Drakalsprüchen.“

„Das erklärt Alles. Dann, lieber Freund, haben wir sie aus einer Quelle. Aber“, fügte sie mit satirischem Lächeln hinzu, „ich hätte nicht geglaubt, einen so selbstbewußten jungen Herrn auf einer solchen Schwäche zu ertappen.“

Richard überhörte diese Worte absichtlich. Er wollte nicht aus der Position eines Angreifers in diejenige eines Angegriffenen versetzt werden.

„Madame de Giorgewo ist also Ihre Freundin?“

„Gott bewahre mich!“ rief die Baronin.

„Aber Sie sagten doch —“

„Wie neugierig Sie sind! Aber da der Jusfall diese seltsame Frau zu unserer beiderseitigen Bekanntheit gemacht hat, so sollen Sie den Zusammenhang wissen. Schon seit langer Zeit beschäftigte ich mich mit der Idee, ein Werk über den Aberglauben in allen Gestalten zu schreiben. Sie werden zugeben, daß dies eines der interessantesten Gebiete ist, und daß derjenige, dem ein solches Werk in wissenschaftlich begründeter Form gelänge, ein gutes Stück der Menschengeschichte geschrieben hätte.“

„In der That eine Idee, eines großen Ge

gleiche Achtung zu, sie verpflichtet sich, einer jeden gleichen Freiheit und gleicher Gerechtigkeit zu gewähren, und sie erkennt den Ruhm der Opposition an. Wir sind nur der Ansicht, daß es unsere Pflicht sein wird, den Gegnern eines von der Nation gewollten Regimes und denjenigen, die es angenommen haben, um seine Grundgesetze besser bekämpfen zu können, keinerlei Einfluss auf die Regierung der Republik einzuräumen. Wir werden uns energisch gegen jeden Versuch vertheidigen, welcher einen Eingriff in die Unabhängigkeit der Laien-Gesellschaft und die Suprematie der bürgerlichen Gewalten bedeutet. Wir werden von allen Zweigen der Vernunft fordern, daß sie sich diesen Prinzipien streg anschließen. Die Erklärung schließt mit einem Appell an alle Republikaner, die Aufgabe des Cabinets zu erleichtern.

Als die Verlesung der Erklärung zu Ende war, erhöhte Beifall auf der Linken. An mehreren Stellen wurde Brisson durch Zwischenrufe der Rechten und des Centrums unterbrochen.

Die Interpellation Castellin betreffend die Dreyfus-Angelegenheit wurde bis nächsten Donnerstag zurückgestellt. Aranz (Progressist) interpellirte über die Politik des Cabinets und sagte, Moline würde auch die Erklärung des Ministeriums unterzeichnen können. (Unterbrechungen auf der Linken.) Aranz fragte, was die Radikalen aus ihrem Programm gemacht hatten, und weshalb sie auf die Gesamt-Einkommensteuer und auf die Revision der Verbesserung verzichteten. (Lärm.) Aranz fügte hinzu, die von der Regierung vorgeschlagene Steuerreform sei sehr annehmbar, befürchtet jedoch, die Regierung sei eine Regierung des Kampfes (Beifall im Centrum). Widerspruch auf der äußersten Linken.) Ministerpräsident Brisson erwiderte, die Regierung sei auf Grund eines Volums der Kammer gebildet worden, und die Kammer werde sich äußern darüber, ob sie ihr Votum wiederholen wolle. Brisson verlangte von der Kammer Vertrauen und sagte, die Regierung werde den Gegnern der Republik keinerlei Einfluss einräumen. Er finde es jedoch bestreitlich, daß man ihm den Vorwurf gemacht habe, dem Programm der Progressisten einen Schritt entgegengekommen zu sein. Brisson schloß mit der Bemerkung, er verweise eine Politik, welche die Gegner der Republik unterstützen. (Beifall auf der Linken.)

Déroulède erklärte, er werde die Regierung unterstützen, weil der Kriegsminister Cavaignac sich über die Dreyfus-Angelegenheit klar ausgesprochen habe. Cavaignac erwiderte, seine Kollegen seien ebenso entschlossen wie er, den großen nationalen Interessen Achtung zu verschaffen. (Beifall.) Ribot warf Déroulède vor, daß er die Debatte zu einer Angelegenheit einzelner Personen herabwürdige. (Zwischenrufe.) Ribot fuhr fort, die Regierung habe das progressive Programm angenommen; es gebe jedoch auch eine Möglichkeit, außerhalb eines Programms zu regieren; aber es sei unmöglich zu gestatten, daß die Regierung sich auf die Socialisten stütze. (Beifall.) Diviani (soc.) griff die Politik des leichten Ministeriums an und billigte es, daß Brisson die republikanischen Überlieferungen wieder aufgenommen habe. Brisson erklärte, er erkenne die Lehrlinge der Socialisten nicht an. Beauregard (Progressist) ergriff inmitten groben Lärms das Wort. Er tadelte die Radikalen, weil sie ihre Fahne verscheiterten. Darauf wurde die Berathung geschlossen. Eine Tagesordnung Dujardin-Beaumé, welche die Erklärungen der Regierung billigt, wurde mit 316 gegen 230 Stimmen angenommen. (Lang anhaltender Beifall auf der Linken.) Lassière verlangte, daß der Tagesordnung die Worte beigefügt werden: „Um eine Politik anzuwenden, welche die progressive Gesamt-Einkommensteuer ausschließt.“ Brisson verwarf den Zusatz, der darauf mit 314 gegen 251 Stimmen abgelehnt wurde. (Läuter Beifall.) Godann wurde die Sitzung aufgehoben. Brisson hat also gut abgeschnitten. Wie lange freilich diese Majorität für ihn vorhält, steht dahin.

Im Senat verlas der Justizminister die Erklärung des Cabinets, welche von der Linken mit Beifall begleitet wurde.

Der Krieg.

Über eine Vermittelung zwischen Spanien und Amerika douert, wie der „Kreuzzug“ aus Paris berichtet wird, der Ideenaustausch zwischen den Mächten fort, es handle sich bei der vertraulichen Fühlungsnahme zwischen den Mächten, denn, ihren Vertretern keineswegs um einen bestimmten, die Friedensvermittelung betreffenden Vorschlag oder Antrag, sondern um die allgemeine Lage und um Fragen, die sich aus der Weiterentwicklung der kriegerischen Ereignisse ergeben könnten, wenn es nicht gelingen sollte, ihnen noch rechtzeitig Einhalt zu thun. — Zur Friedensfrage liegt ferner heute folgende Nachricht vor:

Berlin, 1. Juli. (Tel.) Der „Dossiellen Zeitung“ wird aus Madrid telegraphiert, die spanische Regierung telegraphierte an die Generale in Manila, San Juan und Carama und ersuchte sie um ihre Meinung bezüglich des Friedens. Die beiden ersten Generale haben noch nicht geantwortet. Blanco ist gegen den Frieden. Er sagt, unter den jetzigen Umständen werde der Frieden für das Land nur enttäuschend sein.

Dom Kriegsschauplatz auf Cuba wird heute gemeldet:

New York, 1. Juli. (Tel.) Aus dem Lager von Jureguo wird gemeldet, daß man den Bau einer Eisenbahn von dort in der Richtung nach Santiago mit der größten Beschleunigung betreibt.

Madrid, 1. Juli. (Tel.) Hier ist das Gerücht verbreitet von einer großen für die Spanier erfolgreichen Schlacht bei Santiago. Das Gerücht ist jedoch noch nicht amtlich bestätigt.

Die amerikanischen Rough Riders, welche bei dem Überfall von Juragua schwere Verluste erlitten haben, sind ein wenig disciplinirtes Freiwilligencorps; es besteht aus 950 Mann, von denen 450 bei Santiago gelandet worden sind, und ihm gehören Mitglieder aller Gesellschaften an. Meist sind es gebildete Leute, Millionäre oder Söhne von Millionären, Doctoren, Advokaten, reiche Kaufleute oder Prediger. Endlich sind zwei Trupps aus Indianern gebildet worden. Die auf Cuba gelandeten Rough Riders sind vorläufig noch nicht beritten, da sie noch keine Pferde haben. Der Commandant des Regiments ist Oberst Wood. Theodor Roosevelt, der die Anwerbung geleistet hat, ist Oberstleutnant. Das Material der Rough Riders ist vorzüglich und sie dürfen, bis der Krieg zu Ende sein wird, auch eine vorzügliche irreguläre Cavalierietruppe bilden. Heute sind sie aber noch sehr unerfahrenen Rekruten, die sich überdies

verpflichtet haben, bis zum Einlangen ihrer Pferde Infanteriedienst zu leisten.

Madrid, 30. Juni. (Tel.) Eine Depesche des Gouverneurs von Puerto Rico besagt, es sei sehr schwer, die Ladung des Postdampfers „Antonio Lopez“ zu bergen, weil ein amerikanischer Kreuzer unaufhörlich auf das Schiff schießt, welches noch immer fest sitzt.

Alros, 1. Juli. (Tel.) Ueber das Geschwader Camarás in Port Said wird Folgendes veröffentlicht: Als die Spanier von ihren eigenen von Spanien angekommenen Schiffen Kohlen einzunehmen begannen, theilte die ägyptische Regierung ihnen mit, sie könnten ein solches Vorgehen nicht gestatten. Dasselbe müsse sofort eingestellt werden. Andernfalls müsse das Geschwader Port Said verlassen. Nachdem die Spanier die Frist von 24 Stunden erheblich überschritten hatten, erklärten sie, die Kriegsschiffe hätten Reparaturen nötig und begannen behufs Ausbesserung der Schiffe Kohlen und anderes Material auszuschiffen.

San Francisco, 1. Juli. (Tel.) Es befinden sich nunmehr 470 Offiziere und 10 464 Mann auf dem Wege nach Manila.

Washington, 1. Juli. Senator Tillmann führte im Senat aus: Im Hinblick auf die Erklärung, welche in der vor Ausbruch des Krieges vom Congress angenommenen Resolution enthalten ist, wäre eine dauernde Besitznahme Cubas, Puerto Ricos oder der Philippinen eine That der Untreue gegenüber der Welt. Schon der Gedanke hieran würde das Misstrauen Europas erregen. In einem solchen Falle würde Deutschland und vielleicht auch andere Nationen einen Anteil an der Beute verlangen. Redner fügte erneut hinzu, er sei dafür, Deutschland und den übrigen Europa zu verstehen zu geben, daß die Vereinigten Staaten eine Einmischung in ihre Politik oder eine Action nicht dulden würden. Senator Teller erklärte, wenn den europäischen Nationen zu verstehen gegeben werde, daß die Vereinigten Staaten keine Einmischung dulden würden, dann werde auch keine Einmischung erfolgen.

Washington, 1. Juli. Dem Chef des Signalwesens ist von den ersten Beamten des Signalwesens auf Cuba eine Depesche zugegangen, nach welcher in einer Entfernung von zwei Meilen von Santiago eine Telegraphen- und Telephonstation eingerichtet worden, welche über Baiguiri mit Guantánamo Verbindung hat.

Madrid, 1. Juli. Die Verlängerung der Frist zur Einreichung der Titres der vierprozentigen äußeren Schuld ist nicht, wie von hier aus verbreitet wurde, bis zum 10. August, sondern bis zum 10. Juli erfolgt.

New York, 1. Juli. Nach einem Telegramm aus Playa del Este vom 28. Juni wird dort geglaubt, der Insurgentenführer García werde mit 3000 Mann zurück nach dem Westen Santiagos gesandt, um sich dem Vormarsch des spanischen Pandos entgegenzusetzen. Nach einem Telegramm vom dem amerikanischen Lager vom 28. Juni werden 2000 Mann Pando entgegengesetzt. Nach Telegrammen aus Washington verliehen sechs Transportschiffe mit 500 Soldaten gestern Tampa.

New York, 1. Juli. Nach aufgesangenen Depeschen Cerveras sind Lebensmittel und Munition in Santiago sehr knapp. Leichtere werden bald ausgebracht sein. Seit Tagen schon war es der amerikanischen Flotte nicht möglich, die Batterien am Eingange des Hafens zum Feuern zu veranlassen, obgleich sie sehr nahe herangekommen sind.

London, 1. Juli. Der amerikanische Consul in Port Said berichtet, er habe in aller Stille den ganzen Kohlevorrat von 20 000 Tons aufgekauft, während die Spanier sich um die Erlaubnis bemühten, die Kohlen in Port Said zu kaufen.

London, 1. Juli. Die „Times“ melden aus Washington: Das Marine-Departement hat in New York ein Schiff ausgerüstet, welches mit Vorräthen auf Monate hinaus Watsons Geschwader bei der Fahrt nach Spanien begleiten soll.

Puerto Rico, 1. Juli. Die Ladung des Dampfers „Antonio Lopez“ ist nunmehr geborgen.

Deutsches Reich.

Berlin, 1. Juli. Der vierte Band des Poschinger'schen Werkes „Fürst Bismarck und der Bundesrat“ ist von der Verlagsbuchhandlung zurückgezogen worden. Die ganze Auslage soll eingestampft und dann neu gedruckt werden. Dieser Band enthält Angriffe, die sich gegen den General v. Verdys und den bayerischen Bundesbevollmächtigten Grafen Lerchenfeld richten. Die „Berl. N. Nachr.“ haben Grund zu der Annahme, daß Fürst Bismarck von dem Inhalt dieses Bandes vor Erscheinen nicht die geringste Kenntnis hatte und die Veröffentlichung nicht genehmigt haben würde.

Graf Lerchenfeld-Rösing wird in dem Buche als Hof- und als Staatsmann charakterisiert, als ein gutmütiger Großgrundbesitzer, der, falls er überhaupt diplomatisches Talent besitzt, keinesfalls im Bundesrat Gelegenheit habe, es zu entfalten“.

„In München ohne politischen Einfluß, vermag er auf den Gang der Reichspolitik keinen maßgebenden Einfluß auszuüben, zumal ihm die Rednerfehlschafft und er in Folge dessen im Reichstag nur selten das Wort ergreift. Er hat dort in den 18 Jahren seiner bündesträtslichen Wirksamkeit im ganzen nur 15mal das Wort ergriffen, und auch da, von einigen Ausnahmen abgesehen, nur auf die Abgabe kurzer Erklärungen sich beschränkt. Graf Lerchenfeld kleidet bereits seit verhältnismäßig langer Zeit seine dermale Stellung; unter die Herrschaft von drei Kaisern und drei Kanzlern fallen seine Dienste. Ohne sich mit dem politischen System eines oder des anderen zu identifizieren, hat er alle Wandlungen der Politik im Laufe dieser Zeit mitgemacht. Ehemals ein begeisterter Verfechter Bismarcks, dem er viel zu verdanken hat, ist Graf Lerchenfeld ein bereitwilliger Mitarbeiter auch von dessen Nachfolgern geworden.“

In ähnlicher Weise werden auch die meisten von den „kleinen im Bundesrat“ behandelt und es nimmt sich drollig genug aus, wenn Herr v. Poschinger in seinem Buche von der Häufigkeit der meisten Bundesratsmitglieder bei entscheidenden Fragen spricht, und daran die Bemerkung knüpft, die Herren hätten das Bedürfnis, in derartigen Situationen zu einer „Persönlichkeit“ emporzublicken, wie etwa zu Herrn v. Miquel. Kurz und gut, der allergrößte Theil der Bundesratsmitglieder wird als eine Art von quantitatively negligible behandelt. Freilich werden auch Ausnahmen gemacht, und es ist in dieser Beziehung nicht ohne Interesse, zu erfahren, daß der damalige Hamburgische Vertreter trotz seiner schwach ausgesprochenen Opposition vom altmächtigen Fürsten-

Reichskanzler doch mit großer Hochachtung behandelt wird.

Ueber General Verdys von Vernois lautet das Urteil folgendermaßen: „Ein vielseitig gebildeter Offizier, in manchen Berliner Bürgerkreisen wegen seiner Individualität beliebt, als praktischer Truppenführer sei er indessen nicht besonders hervorgetreten. zunehmende Corpulen und mangelhafte Reitskifertigkeiten möglichen ihm dabei hinderlich gewesen sein.“ Man konnte daher für diese seine Ernennung zum Ariegsminister „keinen Vors finden“, indessen galt der Graf Waldersee als der eigentliche Betreiber dieser überraschenden Ernennung. So viel steht fest, daß Verdys zu den Verteidern Bismarcks keinesfalls gehörte. Und nun fügt Herr v. Poschinger die merkwürdige Bemerkung hinzu: „ob für dessen Wahl zum Ariegsminister auch dieser Umstand bestimmt gewesen ist, muß dahingestellt bleiben. Nun ist wohl anzunehmen, daß dem Fürsten Bismarck der neue Colleger im Staatsministerium nicht sympathisch war und er andere als geschäftliche Beziehungen zu ihm nicht unterhalten kann.“ Herr v. Poschinger nimmt an, daß Verdys um den bevorstehenden Sturz des Kanzlers gewußt haben müsse. Deshalb habe er sich wohlweislich gehütet, mit dem Fürsten Bismarck sich in weittragende militärisch-organisatorische Erörterungen einzulassen. Als dann später Graf Waldersee nach Altona verkehrt wurde, war das auch nach Herrn v. Poschingers Meinung das Schicksal Verdys besiegt. Doch fügt der fürstlich Bismarckische Geheimarchiv hinzu: „Sollte Graf Waldersee, wie manche glauben, dergestalt Reichskanzler werden, so wird sicher auch die Person Verdys politisch plötzlich wieder in den Vordergrund treten.“

Berlin, 30. Juni. Eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung wurde heute vor dem Berliner Landgericht I gegen den Maurer A. vor voller Öffentlichkeit verhandelt, weil der Gerichtshof es für zweckmäßig hielt, daß das Publikum erfahre, auf welche Weise derartige Anzeigen zu Stande kämen. Der Angeklagte soll zu zwei verschiedenen Malen verächtliche Bemerkungen über den Kaiser gemacht haben. Zuerst am Kaiser's Geburtstage im vorigen Jahre, also vor 18 Monaten. Der Beschuldigte bestreit dies entschieden, die vier Frauen, die als Belastungszeugen auftreten würden, seien mit ihm vereint und wollten sie nun an ihm rächen. Es stellte sich denn auch heraus, daß der Angeklagte mit einer der Zeuginnen einen Befreiungsprozeß geführt hatte, aus welchem er als Sieger hervorgegangen war, die drei übrigen Zeuginnen hatten auch in jenem Verfahren auf Seiten der Verurteilten gestanden. Mit großer Jungfernlichkeit schilderten sie die ungehörigen Äußerungen, die der Angeklagte über den Kaiser gemacht habe. Aber der Gerichtshof hielt die Bekundungen für elenden Weiberlatsch und sprach den Angeklagten frei.

Berlin, 30. Juni. Nach den „Berl. Pol. Nachr.“ ist für die nächste Session des Landtags eine Vorlage betr. Änderung des kommunalen Wahlrechts in Aussicht genommen.

— Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung in Rosslau hat vom Kaiser einen einmaligen Beitrag von 3000 Mk. erhalten.

— Von höchster Stelle soll eine Aundgebung an sämtliche Beamte ergehen, in welcher denselben die Beteiligung an der Sozialdemokratie auf das strengste untersagt wird. Fortlaufend soll dem Kaiser über die Durchführung des Erlasses berichtet werden.

* [Über die Zusammensetzung des künftigen Reichstagspräsidiums] wird in einem Theile der Presse bereits diskutiert. Vor allem wird die Frage erörtert, ob den Sozialdemokraten nicht ein Sitz in dem Vorstand des neuen Reichstages einzuräumen sein wird. Die conservativen Blätter betonen dabei in auffälliger Weise, daß allerdings die Sozialdemokraten unzweifelhaft ein Recht auf einen solchen Sitz hätten, und daß es „immerhin möglich sei, daß dem deutschen Volke das Schicksal nicht erspart bleibt, einen Singer oder einen anderen Mann ähnlicher Qualität die Sitzungen des Reichstages leiten zu sehen.“ — In Wahrheit verlangt die Sozialdemokratie weder eine Beteiligung an dem Präsidium, noch könnte einem solchen Verlangen entsprochen werden, da kein sozialdemokratischer Abgeordneter die Pflichten der Repräsentation übernehmen würde, die in einem monarchischen Staate mit dem Amt eines Präsidenten oder Vicepräsidenten des deutschen Reichstages unerlässlich verbunden sind. Im übrigen aber ist eine solche Diskussion zur jetzigen Zeit überhaupt recht überflüssig. Der Reichstag wird frühestens im November zusammentreten. Warte man also noch ein wenig mit solchen Rannegelehrten.

* [Allerlei Enthüllungen aus der antisemitischen Partei] hat die „Antisemitische Correspondenz“ (Deutsch-Sociale Blätter) des Herrn Liebermann o. Sonnenberg in ihrer einen Tag vor der Wahl erschienenen Nummer angekündigt. Mit Bezug auf die Wahlbewegung in Schleswig-Holstein heißt es da:

„Derlieren wir diesen mit großem Arbeitsaufwande im Jahre 1893 eroberten und 1895 unter den schwierigsten Umständen in der Nachwahl behaupteten Kreis, so werden rücksichtslos die unliebsamen Dinge aus der eigenen Partei aufgedeckt werden müssen, die zur Erfüllung der Sichtung unseres Kandidaten (Ishraut) geführt haben.“

Ferner äußert sich das Liebermann'sche Organ sehr unghalten über die Vorgänge im Marburger Wahlkreis bezw. über die Zurückziehung der Kandidatur Wiegand zu Gunsten derjenigen Böckels, der wegen vorläufig hier noch nicht näher zu erörternder Umstände aus Hessen habe forschen müssen. Die Mitwirkung des eignen zu diesem Zwecke errichteten hessischen Wahlbüros sei durch eigene Schuld der Marburger Gesetzgebungen unmöglich geworden. „Auch darüber werden wir uns später in voller Offenheit aussprechen.“ Und schließlich bemerkt die „Antis. Corr.“ zu der Nachricht, daß Herr Wiegand nach Gunsten Böckels zurückgezogen habe:

„Dieser Schritt überzeugt uns nach allem Vorhergegangenen nicht. Im Interesse der Partei ist aber eine ausführliche Darlegung der in Marburg vorgenommenen Quertriebserien dringend am Platze.“

Danach gehört Herr Zimmermann wohl auch zu den Verschwörern; denn er hat ebenso in jener „Ausprache“ mit Böckel Theil genommen, daß die Antisemiten kann man sich darauf gesetzt machen, daß die Antisemiten nächstens wieder einmal eine schmutzige Wäsche vor der Öffentlichkeit waschen werden.

Stuttgart, 29. Juni. Der württembergische Landtagsabgeordnete Böckel-Heilbronn hat folgende Interpellation in der württembergischen Kammer der Abgeordneten eingebrochen: „Ist der Herr Minister des Innern bereit, Auskunft darüber zu geben, ob es richtig ist, wie behauptet wird, daß bei den Wahlgemeinden in Heilbronn am Abend der Stichwahl, 24. Juni, Ausschreitungen und Sachbeschädigungen von Seiten der Demonstranten erst dann erfolgten, als diese durch das Erscheinen des Oberbürgermeisters und Eingreifen der Feuerwehr dazu gereizt wurden? Ist dem Herrn Minister weiter bekannt, daß am darauffolgenden Abend, 25. Juni, das herbeigerufene Militär in brutaler Weise gegen harmlos heimkehrenden Bürger und Personen verfuhr und selbst Frauen nicht verschonte?“

Erfurt, 30. Juni. Das hiesige Schwurgericht begann heute mit der Verhandlung gegen 24 Personen, welche wegen Aufruhrs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt, begangen vom 24. bis 27. Mai, angeklagt waren. Sämtliche Angeklagte bestreiten ihre Schuld. Für den Prozeß sind vier Tage in Aussicht genommen.

England.

London, 30. Juni. Der Premierminister Salisbury, der gestern den Vorstieg führte bei einem Essen des United-Clubs in St. James Hall kam auf den spanisch-amerikanischen Krieg zu sprechen und sagte, England sei verbunden, sich jeglichen Ausdrucks irgend einer Bevorzugung zu enthalten. Man könne nur wünschen, das Blutvergießen werde bald aufhören und der Frieden in der Welt wiederhergestellt werden. Abgesehen von dem Kriege sei der politische Horizont der Welt höchst heiter. England habe soeben einen Vertrag abgeschlossen, welcher die Ausgangspunkte eines Conflictes bestätigt mit seinem größten civilisierten Nachbar, mit dem in Frieden zu leben wünschter Wunsch sei. Wäre es nicht gelungen, zu diesem Abkommen zu gelangen, so wäre es bedauerlich gewesen für Englands Culaturaufgaben. In Bezug auf China sagte Salisbury, er glaube nicht, daß die geringste Wahrscheinlichkeit einer kriegerischen Action zwischen England und dem Kaiser von China vorhanden sei. England habe ebenso große Vorteile als jedes andere Land erhalten. Seine Politik sei darauf ausgegangen, China zu erhalten und seinem Untergang vorzubeugen, daselbst auf die Bahn der Reformen zu leiten und ihm jede Hilfe zu gewähren, die in Englands Kräften steht, um die Wehrhaftigkeit Chinas zu vervollkommen und die Wohlthat seines Handels zu fördern.

Afrika.

* Aus Petersburg, 25. Juni, wird der „Doss. Itg.“ geschrieben: Der in diesen Tagen von einer Afrikareise nach Petersburg zurückgekehrte Major Poljakow macht über die Expedition des Grafen Leontjew und des Prinzen Heinrich von Orleans in das Innere Afrikas Mittheilungen, die dieses Unternehmen in einem recht eigenhümlichen Licht erscheinen lassen. Nach den Mittheilungen Poljakows scheinen es Leontjew und Orleans in erster Reihe auf einen Massenmord von Elefanten abgeleitet zu haben. Herr Poljakow hat die Expedition in Afrika getroffen. Sie besteht außer den beiden Chefs aus einem französischen Vicomte und dem Vertreter des Moskauer Consortiums, das den Herren Waaren im Werthe von ungefähr 100 000 Rubel auf Credit geliefert hat, aus zwei französischen Sergeanten, drei Kosaken, zwei französischen Dienern, zehn Arabern und hundert Einheimischen aus dem Genegal. Der Hauptzweck der Expedition ist nicht der Abjag der minderwertigen Moskauer Waaren, die mit den weit besseren englischen und indischen Erzeugnissen nicht in Wettbewerb treten können, sondern die Niedermethlung der Elefantenherden, die in den Gegenden, denen der Prinz von Orleans und Leontjew ihren Besuch zugedacht haben, sehr zahlreich vorhanden sind. Die Elefantenjäger führen 20 Gewehre schweren Kalibers und, man höre und staune, zwei Maxim-Mitrailleusen zur massenhaften Abschaltung der Elefanten mit sich, von denen Leontjew und der Prinz jährlich

